

Bezirksregierung Arnsberg

Anlage 1 gemäß Nummer 7.1.1

Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg**Online-Antrags-ID: (wird von integration.web generiert)****Antrag auf Gewährung einer Zuwendung¹**

Betreff:	Kommunales Integrationsmanagement NRW (wird von integration.web befüllt)
Bezug:	Bezeichnung der Maßnahme / des Vorhabens (s.u. wird von integration.web befüllt)

Antragsteller:in		
Name / Bezeichnung:		
Kreis / Kreisfreie Stadt:		
Anschrift:	Straße / PLZ / Ort	
Postfach:	Straße / PLZ / Ort	
Website:		
Bankverbindung:	IBAN	BIC
	Bezeichnung des Kreditinstitutes:	
Vertretungsberechtigte Person		
Name / Bezeichnung:		
Funktion / Vertretungsart:		
Auskunft erteilt		
Name / Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße / PLZ / Ort	
	Telefon	E-Mail-Adresse
	Fax	

¹ Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Zuwendung

Angaben zur Maßnahme / zum Vorhaben	
Bezeichnung der Maßnahme / des Vorhabens:	
Betrieb von Koordinationsstellen zur Durchführung eines Kommunalen Integrationsmanagements	☐
Betrieb von Case Managementstellen	☐
Begleitmaßnahmen	☐
Durchführungszeitraum:	Vom ... bis ...
Nur bei Kreisen:	
Betroffen sind folgende Kommunen:	

Finanzierungsplan (Werte in EUR)		
	Gesamt	2025
Gesamtausgaben		
davon förderfähige / maßgebliche Ausgaben		
abzgl. Einnahmen / Leistungen Dritter (ohne öff. Förderung)		
förder-/ zuwendungsfähige Gesamtausgaben		
weitere bewilligte/ beantragte öffentliche Förderungen Dritter		
Eigenanteil		
beantragte Zuwendung / Mittel		
- Aufschlüsselung der Positionen: siehe Anlagen -		

Beantragte Zuwendung / Mittel (wird von integration.web befüllt)				
Zuwendungsbereich	Zuweisung/ EUR	Darlehen/ EUR	Schuldendiensthilfen/ EUR	v.H.
1	2	3	4	5
Kommunales Integrationsmanagement	Euro			%
Summe	Euro			%

Begründung zur Notwendigkeit der Maßnahme: u.a. Raumbedarf, Standort, Ziel, evtl. Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternativ Möglichkeiten, Nutzen. Sofern der hier gebotene Platz nicht ausreicht, laden Sie bitte einen Anhang hoch.
zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung: u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten
Darstellung, wie das Kommunale Integrationsmanagement umgesetzt werden soll mit Klärung der Schnittstellen und Abgrenzungen zu anderen Programmen (ggfls. Anlage):
Nur bei Kreisen: Darlegung, wie der kreisangehörige Raum und die kreisangehörigen Gemeinden in das Kommunale Integrationsmanagement eingebunden werden (ggfls. Anlage):
Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit evtl. Folgelasten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.

Erklärungen Die / der Antragstellende erklärt, dass - ☐ ihr / ihm die Hinweise zum Datenschutz bekannt sind, und - ☐ mit der Maßnahme nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grds. der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs-/Leistungsvertrages zu werten, - ☐ die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind, - ☐ die Zuwendung nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt wird, sie/er keine terroristische Vereinigung ist und sie/er keine terroristische Vereinigung unterstützt, - ☐ ein Kommunales Integrationszentrum, das auf der Basis der Richtlinie für die Förderung Kommunaler Integrationszentren des MKJFGFI und des MSB in der jeweils geltenden Fassung gefördert wird, eingerichtet und betrieben wird, - ☐ die Koordinationsstellen an das Kommunale Integrationszentrum angegliedert werden bzw. ☐ eine Ausnahme von dieser Regelung beim Ministerium beantragt wird (Begründung auf einem gesonderten Blatt, das als Anlage hochzuladen ist), - ☐ eine Lenkungsgruppe der maßgeblichen verwaltungsinternen und verwaltungsexternen Integrationsakteure auf Leitungsebene vorhanden ist, mit der die strategische Steuerung des Kommunalen Integrationsmanagements gewährleistet wird,
--

- ☐ ein Konzept zur Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements auf Basis des Handlungskonzepts "Kommunales Integrationsmanagement" des Landes NRW beigefügt ist,
- ☐ ein KIM-Case Management Konzept beigefügt ist,
- ☐ nur bei Kreisen: Zuwendungen für Koordinierungsstellen für kreisangehörige Kommunen mit eigener Ausländerbehörde, eigenem Jugendamt und eigenem Integrationsausschuss an die jeweilige(n) kreisangehörige(n) Kommune(n) weitergeleitet werden.

Anlagen zum Finanzierungsplan**Ausgabengliederung (Gesamtkosten)**

Art der Ausgaben	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/maßgeblich (in EUR)

Einnahmen / Leistungen Dritter

Art der Einnahmen/ Leistungen Dritter	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/maßgeblich (in EUR)

Bewilligte öffentliche Förderung Dritter

Zuwendungsgeber:in	Aktenzeichen	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/maßgeblich (in EUR)

Beantragte öffentliche Förderung Dritter

Zuwendungsgeber:in	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/maßgeblich (in EUR)

Eigenanteil

Zuwendungsgeber:in	Erläuterung	Insgesamt (in EUR)	davon förderfähig/maßgeblich (in EUR)

Dokumentenupload/Anlagen		
Datei-Bezeichnung	Datei-Name	Datei-Größe
Anlagen: - Übersicht über notwendige Personal- und Sachausgaben nach Nr. 5.4.1 und 5.4.2 der Richtlinie (Anlage 1 zum Antrag) - Konzept zur Umsetzung des KIM auf Basis des KIM-Handlungskonzeptes des Landes einschließl. der Klärung der Schnittstellen und Abgrenzungen zu anderen Programmen sowie der Einbindung des kreisangehörigen Raums und der kreisangehörigen Gemeinden in das KIM - KIM-Case Management Konzept - Darstellung - unter Federführung des Kommunalen Integrationszentrums - der Umsetzung des KIM mit Klärung der Schnittstellen und Abgrenzungen zu anderen Programmen (sofern nicht unter "Weitere Angaben"): - Bei Kreisen: Darlegung der Einbindung des kreisangehörigen Raums und der kreisangehörigen Gemeinden in das Kommunale Integrationsmanagement (sofern nicht unter "Weitere Angaben"):		

Anlage 1 zum Antrag Kommunales Integrationsmanagement

Übersicht über die Beschäftigung von notwendigem Personal gemäß Nummer 5.4.1 und notwendigen Sachausgaben gemäß Nummer 5.4.2 der Richtlinie

Vor- und Zuname	Bildungsabschluss, Qualifikation	Beschäftigt als Koordinator/in (KO), Verwaltungsass istenz (VA), Case Manager/in (CM)	Tätig im Zeitraum von/bis	genauer Stellenanteil (in %)	Besoldungs- / Entgelt- gruppe	Voraussichtliche tatsächliche Personalausgaben	Beantragte Zuwendung des Landes zu den Personalausga ben (lt. <u>Stellenanteil</u> und <u>Beschäftigungs</u> <u>tage (KO/CM:</u> <u>57.000 € pro</u> <u>VZÄ pro Jahr:</u> <u>VA: 22.500 €</u> <u>für ½ VZÄ pro</u> <u>Jahr)</u>	Beantragte Zuwendung des Landes zu den Sachausgaben (lt. Stellenanteil und Beschäftigungs tage (KO: 5.700 € pro VZÄ pro Jahr; VA: 2.850 € pro ½ VZÄ pro Jahr)